

Deine Stimme am 2. Juli den Kandidaten der Nationalen Front!

HOCHSCHULSPIEGEL

11

1967

Preis 10 Pfennig

ORGAN DER SED-PARTEILEITUNG DER TECHNISCHEN HOCHSCHULE KARL-MARX-STADT

Frauenkonferenz an der TH

Schöpferische Kräfte der Frauen für den Sieg des Sozialismus voll entfalten

Perspektivplan zur Frauenförderung wurde bestätigt

Auf einer Frauenkonferenz, die am 18. Juni an der Technischen Hochschule stattfand, berieten die weiblichen Mitarbeiter, Angestellten und Studentinnen in Anwesenheit des 1. Sekretärs der Hochschulparteileitung und des Rektors sowie weiterer staatlicher Leiter Probleme der Förderung der Frauen und Mädchen. Der Beratung, die eine weitere Etappe in der Auswertung der Parteipolitik darstellte, ging eine wochenlange demokratische Aussprache über den Entwurf eines Perspektivplanes zur Frauenförderung im Hochschulbereich voraus. Besondere Beachtung schenkte die Konferenz der stärkeren Betreuung und Förderung der Studentinnen und weiblichen Wissenschaftler. In einer einstimmig angenommenen Resolution solidarisierten sich die Konferenzteilnehmer mit dem gerechten Kampf der arabischen Völker um Souveränität und Unabhängigkeit.

In seinem Referat gab der Rektor, Genosse Prof. Dr. Jädel, vor allem einen Überblick über den Stand der Frauenförderung an unserer TH. Er wies auf die Fortschritte hin, die erreicht wurden, insbesondere der Anteil der weiblichen Studentinnen, der wesentlich erhöht hat.

Ein großer Teil der Mädchen und jungen Frauen studiert in den Lehrplänen, jedoch wuchs in den letzten Jahren die Zahl der Studentinnen auch an den technischen Fakultäten. An der Fakultät für Maschinenbau stieg beispielsweise der Anteil der Studentinnen an der Gesamtzahl der Studierenden 1962 bis 1966 von 1,7 auf 12,2 Prozent. In Zusammenhang mit den Fragen der weiteren und noch stärkeren Einbeziehung der Frauen und Mädchen in die Lösung der großen Aufgaben, wie sie der VII. Parteitag der SED bei der Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus gestellt hat, ging der Rektor auch auf einige wichtige ideologische Probleme ein, die durch die Diskussion über den Frauenförderungsplan noch einmal deutlich wurden. Es sei notwendig, so erklärte er dazu, alle ideologischen Unsicherheiten zu überwinden, um die im Perspektivplan zur Frauenförderung vorgesehenen Aufgaben zielstrebig zu erfüllen. Er unterstrich dabei die besondere Verantwortung aller staatlichen Leiter und betonte, daß die Einbeziehung der schöpferischen Kräfte Frauen und Mädchen wesentlicher Bestandteil der Leistungstätigkeit sein muß. (Wir berichten noch ausführlicher über die Frauenkonferenz.)



Interessiert folgen die Teilnehmer der Frauenkonferenz den Ausführungen des Rektors.

Foto: Scheiding

Aggressoren ohne Chance!

Von Dr. Hans Mündt

Vor wenigen Tagen führte sich zum 25. Male der faschistische Massenmord von Lidice. Die aktuelle Mahnung Lidices — die Warnung vor den zionistischen Gefahren, die vom westdeutschen Imperialismus und Militarismus, dem potentiellen Aggressor, drohen — wird dieser Tage noch verstärkt durch ein weiteres folgenschweres historisches Ereignis:

Am 22. Juni 1941 überfiel Hitlerdeutschland nach einem lange und sorgsam vorbereiteten Plan mit 100 modernst ausgerüsteten Divisionen die Sowjetunion. Dem Krieg gegen die Sowjetunion lagen die verbrecherischen Ziele und Absichten zugrunde. Die Aggression gegen die Sowjetunion, von den Faschisten als „ideologischer Krieg“ zur „Verwirklichung des Bolschewismus“ bezeichnet, präparierte die KPD nicht nur als Verbrechen gegen die Völker der UdSSR, sondern zugleich als „das allergrößte Verbrechen gegen das deutsche Volk“ an.

Die deutschen Faschisten und Militaristen wollten mit der beabsichtigten Zerschlagung des ersten sozialistischen Staates die Kernkraft ihres Weltberoberungsplanes, der dokumentarisch durch ein Protokoll von 1937 und durch eine Rumpfkonferenz des Hitler-Kabinetts vom 19. März 1941 bestätigt ist, verwirklichen.

Trotz des Aufmarscherfolgs mußte der Plan infolge des Scheiterns seiner tragenden Idee, der Blitzkriegsdoctrin, bereits Ende Juli 1941 als nicht durchführbar gelten. Es gelang den Faschisten nicht, die Sowjetunion in einem schnellen Feldzug niederzuwerfen.

Dieses Einverständnis eines führenden Nationalisten vor dem Nürnberger Tribunal sollte den Blitzkriegsstrategen von heute zwischen Tel Aviv und Beers eine ernste Warnung sein. Die Geschichte lehrt, daß imperialistische Aggressoren überall und immer gesetzmäßig eine Niederlage erleiden, wo die Völker ihren Staat verteidigen und einen gerechten Abwehrkampf führen.

Neben der Fehleinschätzung des militärischen und ökonomischen Potentials der Sowjetunion hat gerade das Nichtbeachten dieses politischen, moralischen Faktors zur gesetzmäßigen Niederlage des imperialistischen Deutschland im 2. Weltkrieg geführt.

Diese Lehre ist den Aggressionshetzern aus dem Hause Springers — aber auch ihren Auftrag- und Brotergebern — nicht einen Millimeter unter die Haut gegangen. Seit dessen ziehen sie solche Lehren aus der israelischen Aggression, daß lokale Kriege auch heute noch „ein Mittel der Politik“ zur Durchsetzung der imperialistischen Ziele in Europa sein könnten.

Aus den gefährlichen Schlüsselgerungen, die die Bonner Militaristen und Revanchisten aus der Aggression Israels ziehen, erwächst den sozialistischen Staaten Europas eine erhöhte Verantwortung für die Gewährleistung der Sicherheit der Völker unseres Kontinents. Das imperialistische Komplott gegen die arabischen Völker, an dem auch der westdeutsche Imperialismus beteiligt ist, stellt eine rasche Bestätigung für den ersten Hinweis Walter Ulbrichts auf dem VII. Parteitag der SED dar.

Walter Ulbricht stellte fest, daß „die Verantwortung der Staaten des sozialistischen Weltlagers für die Aufrechterhaltung des Friedens und für die Unterbindung bzw. Zurückweisung imperialistischer Provokationen weiter wachsen wird.“ Die Sicherung des Friedens war, ist und bleibt die Grundfrage für die kommunistische Weltbewegung, die seit der Entstehung des ersten sozialistischen Staates vor 30 Jahren um die günstigsten internationalen Bedingungen für den sozialistischen und kommunistischen Aufbau

(Fortsetzung auf Seite 3)

Protesterklärung

Alle Teilnehmer der heutigen Frauenkonferenz der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt verfolgen mit leidenschaftlicher Anteilnahme die Ereignisse im Nahen Osten und verurteilen aus tiefstem Herzen die imperialistischen Aggressoren und die von ihnen an der arabischen Bevölkerung verübten Gräueltaten. Wir wissen gut, daß die imperialistische Aggression Israels und die mörderischen Absichten gegen die arabischen Völker nur möglich sind, weil der Aggressor von dem imperialistischen Kräfte der USA, Englands und Westdeutschlands unterstützt wird. Wie in Vietnam, so zeigt es sich auch wieder im Nahen Osten: Bonn steht an der Seite der Aggressoren. Die Erklärung der Zentralkomitees der kommunistischen Parteien sozialistischer Staaten zur Aggression Israels entspricht voll und ganz unserer Auffassung, und wir fühlen uns rützlich solidarisch mit dem gerechten Kampf der arabischen Völker für ihre nationale Freiheit und Unabhängigkeit.

Unsere ganz besondere Empfehlung gilt dem Vorrat der imperialistischen Aggressoren gegen wehrlose arabische Frauen und Kinder. Mit großen Abscheu verurteilen wir die in der westdeutschen Presse erscheinenden Darstellungen, die das verbrecherische Handeln der Aggressoren nicht nur billigen, sondern sogar rühmend.

Wir schließen uns den Forderungen der fortschrittlichen Menschheit an, deren Wille von der Sowjetunion und den sozialistischen Staaten nachdrücklich vertreten wird, und fordern die sofortige Einstellung des imperialistischen Völkermordes im Nahen Osten und den Abzug der israelischen Soldateska aus den besetzten arabischen Gebieten.

In der weiteren allseitigen Stärkung unserer sozialistischen Republik sehen wir das wirksamste Mittel, dem imperialistischen Anschlag auf den Weltfrieden entgegenzutreten.

FDJ-Aktiv beriet weitere Aufgaben

Ein frisches Lied auf den Lippen, und mit dem Schwung des Pfingsttreffens, so begannen die FDJ-Studenten ihre Aktivtagung. Junge Freunde, aus den einzelnen Fakultätsbereichen und FDJ-Gruppen sahen im großen Hörsaal an der Reichshainer Straße und berieten, wie sie am besten den Pfingstfesten und Optimismus in die eigene Arbeit einbeziehen können.

Unter den Gästen, die aufmerksam den Diskussionsbeiträgen folgten, waren die Genossen Hans Jile, Sekretär der Hochschulparteileitung, und Prof. Dr. Becker, Prorektor für Studienangelegenheiten und Mitglied der Hochschulparteileitung. Gleich zu Beginn ergriß die Genossin Ilona Nitschke das Wort. Bonn war eine der 200 Teilnehmer am VIII. Parteitag. In begeisterten Worten berichtete sie vor dem Jugendaktiv über dieses bedeutsame Ereignis.

In seiner Einschätzung über die Vorbereitungen und den großartigen Verlauf der ereignisreichen Pfingsttage sagte der Sekretär der Hochschulgruppenleitung der FDJ, Genosse Klaus Müller: „Ich kann heute mit Stolz sagen: Unser Marschblock 3

hat seine „Pfingstprüfung“ ausgemacht bestanden. Mit der Begeisterung und dem Optimismus des Pfingsttreffens müssen wir jetzt die FDJ-Arbeit in allen Bereichen fortsetzen.“

Wie soll es in der Jugendarbeit weitergehen, was ist jetzt zu tun, um die Beschlüsse des VII. Parteitages der SED hier an der Hochschule mit Leben zu erfüllen?

Genosse Günter Dybowski, 1. Sekretär der Hochschulgruppenleitung der FDJ, nannte diese Aufgaben in seinem Referat: „Um den auf dem VII. Parteitag gestellten Anforderungen gerecht zu werden, ist es notwendig, Inhalt und Methode der Ausbildung entsprechend der Entwicklung unserer sozialistischen Gesellschaft, der Wissenschaft und Technik planmäßig auf ein höheres Niveau zu stellen.“

In einer einstimmig angenommenen Protestresolution verteilten alle Anwesenden den verbrecherischen Anschlag Israels und seiner imperialistischen Verbündeten auf den Frieden im Nahen Osten. Die FDJ-Studenten fordern Souveränität und Unabhängigkeit für die arabischen Staaten.

Dipl.-Gwl. E. Berone, Institut für Mathematik

Als ich zur letzten Volkswahl meine Stimme den Kandidaten der Nationalen Front gab, geschah das im vollsten Vertrauen und in dem Bewußtsein, daß ich damit die Voraussetzungen festige, auf dem Wege des friedlichen Aufbaus kommunistischen Sozialismus zu gehen. Da ich dazu beitragen möchte, daß dieser Weg weiterhin beschritten wird und zu einer für uns glücklichen Zukunft führt, werde ich auch bei dieser Wahl den Kandidaten der Nationalen Front meine Stimme geben.

Bekanntnisse

Dr. B. Blumenthal, Institut für Ökonomie des Maschinenbaus

Wenn ich am 2. Juli 1967 bei den Wahlen zur Volkskammer und zu den Bezirken meine Stimme der Kandidaten der Nationalen Front des demokratischen Deutschland geben werde, so bringe ich damit meine uneingeschränkte Zustimmung zur Politik unseres Arbeiter- und Bauern-Staates in der abgelaufenen Legislaturperiode und mein volles Vertrauen zur Regierung der souveränen sozialistischen DDR zum Ausdruck.

Gedanken zur Volkswahl

Die Gründe für diese Entscheidung sind so zahlreich, daß ich stellvertretend nur einige von ihnen nennen möchte: Ich sehe in den Erfolgen der vergangenen vier Jahre einen Beweis für die Richtigkeit unserer Politik, die die Einbeziehung aller Schichten unserer Bevölkerung in den sozialistischen Aufbau und ihre kameradschaftliche Zusammenarbeit gewährleistet.

Diese realistische Politik hat sich umfassend bewährt. Der wirtschaftliche, gesellschaftliche und kulturelle Aufstieg hat sich verstärkt fortgesetzt. Das internationale Ansehen ist in zunehmendem Maße gewachsen. Die militärische Stärke trägt zur Sicherung des Friedens bei, ebenso die in letzter Zeit abgeschlossenen Verträge mit der CSSR, der VR Polen und der Ungarischen VR.

Die Beschlüsse des VII. Parteitages der SED gewährleisten, daß sich diese Entwicklung progressiv fortsetzen wird. Ich danke dabei u. a. an die Verbesserung der Löhne und Renten, an die generelle Einführung der 5-Tage-Arbeitswoche, an die eintragsvollen Ziele unserer Perspektivpläne und natürlich an die „Praxis“, an deren Verwirklichung ich als Hochschulleiter ja unmittelbar beteiligt bin. Auch meine Stimme soll dazu beitragen, daß die bevorstehenden Wahlen ein Marschieren auf dem Wege zur entwickelten sozialistischen Gesellschaft werden.

Dr. W. Wagner, Institut für Chemie

Vor wenigen Wochen hat der VII. Parteitag der SED die Bilanz unserer gesellschaftlichen Entwicklung gezogen und die Aufgaben der kommenden Jahre aufgestellt. Der von der Volkskammer am 26. Mai verabschiedete Perspektivplan hat diese Aufgaben zum Gesetz unseres Handelns erklärt. Ein wesentlicher Anteil an der Verwirklichung des Planes wird, neben der aktiven, einsetztrügenden und schöpferischen Mitarbeit jedes einzelnen Bürgers der DDR, den obersten Volkserhebungen zukommen. Ihre geistgebende und kontrollierende Tätigkeit muß maßgeblich die Voraussetzungen für die kontinuierliche und zielstrebige Weiterentwicklung zum Aufbau des entwickelten Systems des Sozialismus in der DDR und zur Sicherung des Friedens schaffen.

Das sind die wichtigsten Aufgaben der von den gesellschaftlichen Or-

ganisationen vorgeschlagenen und von den Bürgern geprüften und bestätigten Kandidaten der Nationalen Front, denen ich daher bei den bevorstehenden Wahlen zur Volkskammer und zum Bezirkstag meine Stimme geben werde.

Dipl.-Gwl. E. Berone, Institut für Mathematik

Als ich zur letzten Volkswahl meine Stimme den Kandidaten der Nationalen Front gab, geschah das im vollsten Vertrauen und in dem Bewußtsein, daß ich damit die Voraussetzungen festige, auf dem Wege des friedlichen Aufbaus kommunistischen Sozialismus zu gehen. Da ich dazu beitragen möchte, daß dieser Weg weiterhin beschritten wird und zu einer für uns glücklichen Zukunft führt, werde ich auch bei dieser Wahl den Kandidaten der Nationalen Front meine Stimme geben.